



(Nr. 36, 04.09.2003)

## **ALTERNATIVEN / Mit ungewöhnlichen Maßnahmen lässt sich die Zahl der Hilfeempfänger senken**

### **Feilen an der Zukunft**

Der Main-Kinzig-Kreis geht erfolgreich neue Wege in der Sozialpolitik und spart damit viel Geld. [...]

Autor: WALTHER WUTTKE

Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement war beeindruckt. „Ihr seid“, so bescheinigte er seinen Gastgebern, „der Leuchtturm in der deutschen Beschäftigungspolitik.“ Die Verantwortlichen des Main-Kinzig-Kreises konnten sich über das ministerielle Lob allerdings nur bedingt freuen. Denn wie lange der Leuchtturm noch angeschaltet bleibt, ist angesichts der Berliner Pläne ungewiss. Wenn nämlich demnächst im Rahmen der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe die Arbeitsämter für die Betreuung der erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger zuständig sein sollen, ist die Fortsetzung des erfolgreichen Projektes gefährdet.

Seit 1996 beschreitet der Main-Kinzig-Kreis – anfangs begleitet von deutlichem Misstrauen – neuartige Wege in der Sozialpolitik. Das Ergebnis: Während die Sozialausgaben der Kommunen in den vergangenen Jahren ständig stiegen, verringerten sich in der Region um Hanau die Ausgaben beim Etatposten Hilfe zum Lebensunterhalt um 15 Prozent.

Vor sieben Jahren begann der Kreisbeigeordnete Erich Pipa damit, Teams aus den verschiedenen Ämtern zu bilden, um so für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger ein individuelles Paket zu schnüren. „Unser Ziel ist es, die Leute in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen“, erklärt Pipa. „Jeder, der bei uns Hilfe beantragt, muss sich einem individuellen Gespräch stellen. Einfach Antrag ausfüllen, abgeben und kassieren geht nicht.“ Wer sich verweigert, muss mit einer Reduzierung der Sozialhilfe

rechnen. „Das kann bis zu 100 Prozent gehen.“ Am Ende des Gesprächs steht eine verbindliche Vereinbarung, die der Antragssteller unterschreiben muss.

#### **Individuelle Lösungen**

Dabei gehen die Mitarbeiter des Amtes im Hanauer Landkreisamt individuell auf jeden Fall ein. Fehlt zum Beispiel eine Betreuungsmöglichkeit für Kleinkinder, können sie auf ein Netz von 200 Tagesmüttern verweisen, reichen die Deutschkenntnisse nicht aus, werden entsprechende Kurse angeboten, und wenn ein fehlender Führerschein ein Hindernis ist, gibt es schon mal ein Darlehen für die Fahrausbildung. „Jeder Fall ist anders, und für jeden bieten wir ein maßgeschneidertes Paket an“, so Uwe Amrhein, Pressesprecher des Kreises. Mitunter legen die Mitarbeiter das Gesetz bewusst weit aus. „Eigentlich muss der Hilfeempfänger sein Auto verkaufen, doch wenn er nur so in der Lage ist, einen Arbeitsplatz zu erreichen, macht das keinen Sinn. Dann hat er vielleicht ein paar Euro für den Wagen, mit denen er sich zwei Monate über Wasser hält, steht dem Arbeitsmarkt aber nicht mehr zur Verfügung“, so Amrhein. Während sich bei den Arbeitsämtern im Schnitt ein Mitarbeiter um 700 bis 900 „Kunden“ kümmern muss, erreicht der Main-Kinzig-Kreis einen Schlüssel von 1:75.

Aus insgesamt 14 Bausteinen besteht das Angebot für die Hilfsbedürftigen. Kernstück ist dabei das Berufsbildungs- und Beschäfti-

gungszentrum (BBZ) des Kreises in Gründau-Rothenbergen. Das Zentrum entstand bereits 1983, als der Betonpumpenbauer Wibau in Konkurs ging und für 80 Auszubildende eine Auffanglösung gefunden werden musste. 1996 wurde das Aufgabenfeld deutlich erweitert. Heute arbeiten hier rund 280 Menschen und versuchen so, in ein geregeltes Leben zurückzufinden. „Die meisten müssen sich überhaupt erst wieder daran gewöhnen, einen regelmäßigen Tagesablauf zu organisieren“, so Kreismitarbeiter Norman Peetz. Zum Beispiel die Männer und Frauen, denen man ihre Vergangenheit am Rande der Gesellschaft ansieht, die im Recyclingbetrieb ausgediente Computer und andere Elektrogeräte demontieren, oder die Frauen, die sich in der Werkstatt nebenan mit dem LötKolben vertraut machen und durchaus Chancen haben, von einer benachbarten Firma, die Computerkabel produziert, übernommen zu werden. Die hier Arbeitenden unterschreiben einen Arbeitsvertrag über ein Jahr und werden in dieser Zeit nach einem mit der Gewerkschaft ausgehandelten Gehalt entlohnt. Für die meisten endet die Zeit in Gründau mit einem festen Arbeitsplatz.

Daneben reicht das Spektrum der Arbeiten von den klassischen Aufgaben für Sozialhilfeempfänger wie der Reinigung von Bahnhöfen über einen Wohnungseinrichtungsservice, bei dem BBZ-Beschäftigte Wohnungen für Flüchtlinge und Asylbewerber einzugsfertig machen, bis hin zu einer Holz- und Metallwerkstatt für benachteiligte Jugendliche.

Wer hier anfangen darf, bekommt einen Lehrvertrag und die Chance, sich für einen dauerhaften Arbeitsplatz zu qualifizieren. Wie zum Beispiel der 26-jährige Heinz N., der eine Lehre als Teilezurichter begonnen hat. „Ich hab mal eine Lehre als Lackierer angefangen. Doch dann habe ich halt viel Mist gebaut, hab rumgejobbt, war auf Sozialhilfe und bin dann hierhin geschickt worden.“ Jetzt feilt er im wahrsten Wortsinn an seiner Zukunft. Auch der Ausbildungsabbrecher Uwe H. hat hier eine zweite Chance bekommen. „Beim Arbeitsamt

hat man schlicht nach Aktenlage entschieden und ihm erklärt, dass er die komplette Ausbildung wiederholen muss. „Wir haben ihn uns angesehen, mit ihm geredet, und so brauchte er nur die fehlende Zeit nachzuholen“, erklärt Peetz den Unterschied zwischen Arbeitsverwaltung und BBZ.

### Erfolgreiche Vermittlung

Um die hier arbeitenden Menschen auf ein geregeltes Arbeitsleben vorzubereiten, leiht das BBZ geeignete Mitarbeiter an Betriebe aus. „Allerdings müssen wir eine Perspektive in Richtung Festanstellung erkennen. Einfach nur billige Arbeitskräfte ausleihen geht mit uns nicht“, so Peetz. 700 Unternehmen arbeiten inzwischen mit dem BBZ zusammen. So werden im Durchschnitt 40 Mitarbeiter im Monat in dauerhafte Arbeitsverhältnisse vermittelt. Seit 1996 erhielten rund 3000 Menschen wieder eine feste Arbeit. „Wir vermitteln passgenau vorbereitete Mitarbeiter. Nur so können wir schlummernde Arbeitsplätze aktivieren“, erklärt Pipa.

*Quelle: Rheinischer Merkur Nr. 36/2003, gekürzt. Übernommen von [www.merkur.de](http://www.merkur.de), online nicht mehr verfügbar.*

(Anmerkung B. K.: Das Verfahren im Main-Kinzig-Kreis und anderen Kommunen mit ähnlichen Konzepten hat die Arbeitsmarktreform „Hartz IV“ beeinflusst: der hessische Ministerpräsident setzte sich im Vermittlungsausschuss nachdrücklich dafür ein, dass dieses Modell weitergeführt werden kann. Deshalb wurde das sog. Optionsmodell geschaffen, das in 64 „Optionskommunen“ praktiziert wird. Z. T. wird sogar gefordert, die gesamte Betreuung im sozialen Bereich vollständig den Kommunen zu übertragen. – Die Tätigkeit der „Optionskommunen“ wird durch Benchmarking ausgewertet, siehe <http://www.olev.de/b/benchm-beisp.htm#Optionskommunen>.